

Erben des Ustascha-Regimes verwehren Nachkommen der Opfer Besuch im KZ Jasenovac

19 Juli 2022 09:53 Uhr

Zagreb hat eine nach serbischen Angaben als Privatbesuch gedachte Visite von Präsident Aleksandar Vučić zur Gedenkstätte des Konzentrationslagers Jasenovac aus dem Zweiten Weltkrieg, in dem Hunderttausende Serben, Juden und Roma ermordet wurden, untersagt.



Quelle: AFP © Stringer

"Steinerne Blume": Denkmal für die Opfer des Konzentrationslagers Jasenovac.

Von Marinko Učur

Längst ist jedem klar, dass die russische militärische Spezialoperation in der Ukraine weitreichende Folgen für die ganze Welt hat. Die häufigste Aussage, die heute überall zu hören ist: Verglichen mit der Zeit vor dem 24. Februar dieses Jahres wird nichts wieder so sein, wie es früher einmal war. Was jedoch oft unbemerkt bleibt, ist, wie weit einzelne Kleinstaaten, belastet von antirussischer Hysterie und ihrer Unterwürfigkeit gegenüber Brüssel und Washington, bereit sind, zu gehen.

So wagte es der kleine Balkanstaat Kroatien, ein EU-Mitglied, das schon oft "herausragte", indem es die Führung bei der Verhängung von Sanktionen gegen russische Bürger und Unternehmen übernahm, und dessen Außenminister den russischen Präsidenten Wladimir Putin kürzlich als "Kriegsverbrecher" bezeichnete, offenbar nach Vorbild der Ukraine, dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić zu untersagen, Jasenovac, das größte Konzentrationslager aus dem Zweiten Weltkrieg, privat zu besuchen.

Schock und Unglaube unter den Familienangehörigen und Nachkommen von 700.000 ermordeten Serben, Juden und Roma, die diese unzivilisierte und unvernünftige Tat eines EU-Mitgliedsstaates nicht verstehen können, zumal es in den Vorjahren keine Verbote für Privatbesuche Beamter am Ort des Massenleidens in diesem Vernichtungslager der Nazi-Kollaborateure gab.

Sie minimieren nicht nur das Ausmaß der Verbrechen des Zweiten Weltkriegs in Kroatien, sondern lassen den Nachkommen von Ustaschas und Nazis zu, all diejenigen zu beleidigen, die sich an das Massaker in Jasenovac erinnern. Im öffentlichen Raum dieses Staates, das seine NS-Vergangenheit offenbar nicht vollständig aufgearbeitet hat, ist noch immer der Ustascha-Gruß "Für Heimat – bereit" zu hören, obwohl die Machthaber in Zagreb versuchen, die Bedeutung der immer stärker werdenden rechtsextremen Bewegungen im Land zu relativieren.

Es ist allgemein bekannt, dass das offizielle Zagreb versucht, die Zahl der Opfer aus der Zeit der Staatsschöpfung der Ustascha, nämlich den "Unabhängigen Staat Kroatien" (NDH), zu minimieren, aber das diesjährige Verbot für "den ersten Bürger Serbiens" stieß erwartungsgemäß auf heftige Reaktionen in Serbien und bei allen antifaschistischen Organisationen in der Region des Westbalkans.

Der kroatische Außenminister Gordan Grlić Radman versuchte, die Situation rund um das Verbot zu rechtfertigen, indem er sagte, dass sein Land "durch inoffizielle Kanäle und auf ungewöhnliche Weise von Vučićs Absicht erfahren habe, Jasenovac zu besuchen".

Dieser Ort wird von jenen Zeitgenossen, die das Glück hatten, nicht in diesem Todeslager zu enden, oft als "die größte unterirdische serbische Stadt" genannt. Ohne mediale Aufmerksamkeit wollte Vučić den Opfern gedenken, denn auch seine engsten Vorfahren starben im Zweiten Weltkrieg durch die Hand der kroatischen Ustascha.

Der kroatische Außenminister entschuldigte sich wenig überzeugend, wohl wissend, dass Vučićs Besuch inoffiziell verlaufen sollte:

"Wir halten die fehlende offizielle Kommunikation und das übliche diplomatische Verfahren, das die Ankunft eines hochrangigen Beamten ankündigt, für inakzeptabel."

Dies sei der größte Skandal in der modernen Geschichte der Beziehungen zwischen der Republik Serbien und der Republik Kroatien, sagte wiederum die serbische Premierministerin Ana Brnabić der regionalen Nachrichtenagentur *Tanjug*. Sie ergänzte:

"Wenn Sie den privaten Besuch des serbischen Präsidenten in Jasenovac, dem Leidensort vor allem der Serben, natürlich auch der Juden und Roma, also einem derartigen Leidensort, den Besuch des serbischen Präsidenten untersagen, der nur Blumen niederlegen wollte (...) und behaupten, dies sei eine Entwirrung des Chaos (...) und dass das ein EU-Mitgliedsstaat macht, ist für mich nicht nur ein Skandal ersten Ranges, sondern viel mehr."

Es sei, so Brnabić weiter, "als würde man dem israelischen Präsidenten verbieten, Auschwitz zu besuchen".

Dieser unglaubliche Schritt Kroatiens wurde in Serbien als böse Absicht empfunden, und die serbische Regierung kündigte Gegenmaßnahmen an. Der serbische Innenminister Aleksandar Vulin erklärte als Reaktion auf Zagrebs Entscheidung:

"Ab heute müssen alle Beamten des kroatischen Staates, alle Inhaber von Dienst- oder Diplomatenpässen ihren Besuch oder ihre Durchreise durch Serbien gesondert anmelden und begründen und werden einem besonderen Kontrollregime unterworfen."

Vučić selbst reagierte sehr schnell mit Posts auf Instagram und Twitter: "Macht nur eure Arbeit! Das serbische Volk wird leben und niemals vergessen!"

Unterdessen forderte das jüdische Zentrum "Simon Wiesenthal" die kroatische Regierung auf, die Entscheidung rückgängig zu machen. Der Historiker dieses Zentrums, Efraim Zurof, erklärte in seinem Schreiben, er gehe davon aus, dass die kroatische Regierung sich der Tatsache voll bewusst sei, dass die meisten Opfer in Jasenovac Serben gewesen seien, und er erwarte, dass Kroatien "ihre unkluge und unglückliche Entscheidung" korrigiert.

Wenige Tage vor diesem Schritt aus Zagreb hatte [ein Abgeordneter des ukrainischen Parlaments](#), Alexei Gontscharenko, eine feindselige Erklärung gegenüber den Serben und dem serbischen Präsidenten abgegeben, und viele sehen darin die Initialzündung für dieses Verhalten der Kroaten gegenüber dem Nachbarland.

Gontscharenko rief nämlich seine Brüder und Schwestern die Kroaten dazu auf, "sich dem Prozess der Umerziehung der Serben anzuschließen, was diesen unangenehm sein wird". Obwohl inoffiziell, ist dies eine klare Botschaft Kiews an die serbischen Bürger und die serbische Führung, die den Erpressungen nicht nachgibt und keine Sanktionen gegen Russland verhängen oder sich trotz enormen Drucks gegen ihre traditionellen Freunde, die Russen, auflehnen will.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.